

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 207. Ratssitzung vom 18. Dezember 2013

4597. 2013/68

Postulat von Rebekka Wyler (SP) vom 06.03.2013:

Druck des städtischen Steuerregisters sowie öffentliche Auflage im Steueramt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Rebekka Wyler (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3680/2013): Jede und jeder soll wissen, was andere zu unserem Gemeinwesen beitragen. Das Gesetz über Information und Datenschutz (IDG) hat seit 2008 im Kanton Zürich seine Gültigkeit. In diesem wird festgehalten, dass alle Daten, die nicht explizit als geheim erklärt werden, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen. Dies, um die Transparenz des staatlichen Handelns zu gewährleisten. Im Falle von Steuerdaten besteht ein grosses öffentliches Interesse daran, wie Einkommen und Vermögen in der Stadt verteilt sind. Mit der Zugänglichkeit der Daten können Ungerechtigkeiten im aktuellen Steuersystem aufgedeckt werden. An anderen Orten ist die hier verlangte Praxis selbstverständlich.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Für diesen Schritt fehlt uns die gesetzliche Grundlage. Im kantonalen Steuergesetz ist geregelt, in welcher Form die Steuerdaten bekannt gegeben werden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Urs Fehr (SVP):** Wenn wir Transparenz fordern, indem auf öffentlichen Plätzen Kameras gegen Vandalismus aufgestellt werden, spricht sich die SP als erste dagegen aus. Das Postulat lehnen wir nicht nur inhaltlich ab, es wird zudem im falschen Rat vorgetragen.*

***Markus Hungerbühler (CVP):** Es gibt kein öffentliches Interesse für dieses Anliegen. Das Steuerregister ist heute bereits in Zürich öffentlich und wer etwas wissen will, kann auf dem Steueramt nachfragen. Steueroptimierungen müssen nicht kriminalisiert werden, sie sind legal. Wir sind für den Schutz der Privatsphäre.*

2 / 2

Niklaus Scherr (AL): *In einer Zeit, in der die Mieten in der Stadt explodieren, ist ein legitimes öffentliches Interesse daran vorhanden, was jemand verdient und was derjenige dem Staat zurückgibt. Steuern zu zahlen ist keine Privatangelegenheit, sondern in einer Demokratie ein öffentlicher Gegenstand.*

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): *Im Grunde ist der Vorstoss ein Misstrauensvotum gegenüber den städtischen Steuerkommissären, denen unterstellt wird, ihre Arbeit nicht richtig zu machen. Auch den Bürgerinnen und Bürgern wird vorgeworfen, ihre Steuererklärungen nicht gesetzeskonform auszufüllen. Es gibt viele Leute, die weder ihr geringes, noch ihr hohes Einkommen öffentlich zur Schau stellen wollen. Dieses private Wissen soll auch privat bleiben.*

Ursula Uttinger (FDP): *Jeder soll selbst bestimmen können, was mit den eigenen Daten passiert. Diese Kontrolle sollte nicht der Staat übernehmen. Die Verhältnismässigkeit ist entscheidend.*

Samuel Dubno (GLP): *Wenn Steuern zahlen an der Schnittstelle von öffentlichem und privatem Interesse steht, muss man konsequenterweise ebenfalls die Daten über Sozialhilfeempfänger in der Stadt öffentlich machen. Auch sie bekommen Geld vom Staat. Wir lehnen den Angriff auf die Privatsphäre ab.*

Gerhard Bosshard (EVP): *Im heutigen Medienzeitalter könnte eine Öffentlichmachung der Steuerdaten auch zu einer ungewollten Vervielfältigung führen. Abgesehen von der gesetzlichen Grundlage ist dies auch ein Grund, warum wir nicht für dieses Postulat stimmen können.*

Rebekka Wyler (SP): *Wenn das Geld ehrlich verdient ist, gibt es auch nichts zu verstecken.*

Das Postulat wird mit 53 gegen 66 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat